

Beschluss des Landrats vom 07.03.2024

Nr. 449

22. Eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt

2023/621; Protokoll: pw

Landratsprasident **Pascal Ryf** (Die Mitte) sagt, die Beratung dieses Geschafts sei am Ende der letzten Landratssitzung unterbrochen worden. Der Vorstoss wurde von der Urheberin in ein Postulat umgewandelt; Diskussionsgegenstand ist nun also die Überweisung oder Ablehnung des Postulats. Wer bei der letzten Sitzung schon gesprochen hat, hat nur noch die Gelegenheit zu einer weiteren Wortmeldung. Dies betrifft neben der Postulantin Lucia Mikeler Knaack auch die Ratsmitglieder Stefan Meyer, Urs Roth, Sven Inabnit und Pascale Meschberger.

Nadim Ismail (SP) führt aus, Urs Roth habe in seinem Votum gegen den Kooperationsvertrag viele Probleme aufgezeigt, die bei zu grossen medizinischen Einrichtungen entstehen können. Er hatte Statistiken erwähnt, die seine Argumentation unterstützen. Er hatte auch aufgezeigt, dass es bereits Kooperationsbereiche zwischen den beiden Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt gibt. Aber: Nadim Ismail erlebt es so, dass die bisherige Kooperation von den einzelnen medizinischen Institutionen aktuell nicht konsequent ausgelebt wird. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist nicht wirklich gegeben. Zusammenarbeit würde nämlich auch bedeuten, dass teilweise Verantwortung abgegeben und ein gewisser Ruhm und Prestige aus den Händen gegeben werden müsste. Aus verschiedenen Gründen hat Nadim Ismail den Eindruck erhalten, dass insbesondere im Nachbarkanton die Verantwortlichen nicht wirklich zu einer echten Kooperation bereit sind. Sparen ist gut, aber bestimmt nicht auf Kosten des Pflegepersonals und der unteren Hierarchiestufen. Nadim Ismail ist der Ansicht, die Zitrone des Pflegepersonals sei heute mehr als nur ausgepresst. Aber er denkt, dass eine bessere Zusammenarbeit in der Region und effizientere Strukturen möglich sind. Dies gilt es, zu prüfen und zu untersuchen. Er sieht durchaus Möglichkeiten, dass auf diese Weise Kosten gespart werden könnten. Er möchte hierzu gerne auf einen Informationsanlass hinweisen, als das Kantonsspital Baselland (KSBL) am 9. November 2023 sein Kompetenzzentrum für den Bewegungsapparat vorgestellt hatte. Dieses soll, weltweit zertifiziert, eines der höchsten Güteklasse sein. In der Schweiz gibt es nur noch zwei weitere. Dieses Kompetenzzentrum hat erst kürzlich das Knie von Nadim Ismails Vater gerettet. Er hatte nämlich unerträgliche Schmerzen nach einer Knieprothesenoperation, die er in einem Privatspital in Basel durchführen liess. Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, was ein solches Kompetenzzentrum ausmacht. Nach einem Monat mit Schmerzen wurde Nadim Ismails Vater dort erfolgreich behandelt. Heute geht es ihm gut. Deshalb die Frage: Ist ein Wettrennen zwischen den Kantonen gewünscht? Dass Basel-Stadt ebenfalls ein Kompetenzzentrum der ersten Güteklasse errichtet? Oder sollen die Energien nicht vielmehr zusammengefasst werden, z. B. bei dem damals vorgestellten millionenteuren Operationsroboter? Weshalb braucht Basel-Stadt einen solchen Roboter, wenn es in Basel-Landschaft bereits einen solchen gibt? Dies ist nur ein Beispiel. Auch bei der viszeralen Chirurgie oder der inneren Medizin etc. wären solche Kooperationen möglich. Leider sind die Leitungsorgane der Spitäler zu wenig offensiv, um ihre bisherigen Strukturen zu überprüfen, und deshalb braucht es den Druck der Politik. Ansonsten gehen das Wettrennen und das Abwerben von Patienten immer weiter. Die Kosten tragen wir alle – ber die Krankenkassenprämien und die Gesundheitskosten. Nadim Ismail bittet die Landrätinnen und Landräte, dem Kooperationsvertrag zuzustimmen.

Zwei Schlussbemerkungen: Nadim Ismail ist sich bewusst, dass es sich nur um einen Teilbereich handelt, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Aber es ist wie überall: Irgendwo muss mit dem

Aufräumen begonnen werden. Zudem wird teilweise von einer Fusion gesprochen. Nadim Ismail ist persönlich zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Fusion, die aber auch nicht Anliegen des Vorstosses ist.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) gibt die Meinung der Grüne/EVP-Fraktion bekannt. Die Grüne/EVP-Fraktion habe sich vor fünf Jahren für eine Fusion stark gemacht, auch Erika Eichenberger hatte damals diese Meinung vertreten. Die Fusion wurde aber abgelehnt und in der Zwischenzeit hat sich Vieles verändert. Viele Investitionen sind geplant und wurden zum Teil bereits getätigt – insbesondere in Basel-Stadt. Die Voraussetzungen sind somit ganz andere als im Jahr 2019. Es gibt – wie bereits gehört – viele Hebel, um die Kosten zu stabilisieren. Diese müssen nun zwingend weiterentwickelt und neu überdacht werden. Stichwort: Patientenströme, unterschiedliche DRG, Wirksamkeit der Spitalliste, Bedarfssteuerung je Disziplin, Bevölkerungsentwicklung und Demografie, Kostenübernahme der Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten, Zulassungsbegrenzungen, Entwicklung von ambulant vor stationär und so weiter. Es sind viele Themen bereits aufgeleitet und der Regierungsrat ist am Erstellen einer Auslegung mit neuer Bewertung. Das Projekt Fusion hatte allerdings im Kanton Basel-Landschaft grosse Unruhe ausgelöst und sehr viele Ressourcen in den Gesundheitsbetrieben absorbiert. Teils wurden Entwicklungen quasi lahmgelegt, es wurden Unsicherheiten auf Seiten der Pflegenden, der Patientinnen und Patienten, aber auch auf Seiten der Ärztinnen und Ärzte ausgelöst, die deshalb die Spitäler verlassen haben. Dadurch gingen nicht nur viel Knowhow, sondern auch Patientinnen und Patienten verloren. Dies sollte ebenfalls in die Erwägungen miteinbezogen werden. Am Schluss hat jeder Kanton dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung eine qualitativ hochstehende und bezahlbare Grundversorgung und natürlich auch Zugang zu einer bezahlbaren Spitzen- und Spezialitätenmedizin erhält. Die Grüne/EVP-Fraktion findet die Prüfung von weiteren Kooperationen und Allianzen im Rahmen der laufenden Prüfung durchaus wichtig – und zwar mit allen möglichen Partnern, nicht ausschliesslich mit Basel-Stadt. Die Anbieter sollen klare Profile entwickeln. Die Patientinnen und Patienten sind heutzutage nämlich bereit, für eine hohe Qualität auch einmal einen etwas längeren Weg in ein etabliertes Zentrum in Kauf zu nehmen. Es darf keine Mengenausweitung mehr stattfinden. Einige Mitglieder der Grüne/EVP-Fraktion werden den Vorstoss als Postulat überweisen und möchten, dass eine so genannte Fusion im Rahmen der in Aussicht gestellten Auslegung ergebnisoffen geprüft und behandelt wird. Einige Fraktionsmitglieder sind komplett gegen Überweisung oder stimmen der Überweisung zwar zu, möchten aber a priori keine Fusion 2.0. Alle finden es sehr wichtig, dass die Regierungen der beiden Kantone im Bereich Gesundheit enger und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Beide Kantone wollen die Kosten im Gesundheitsbereich stabilisieren, sie wünschen rentable Spitäler und eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. Also: Kooperation, ja, aber nicht zwingend eine Fusion und auch nicht innerhalb eines Jahres.

Thomas Noack (SP) möchte gerne die Sicht der Patientinnen und Patienten in die Diskussion einbringen. Bei einer Umfrage, wer sich wo behandeln lassen möchte, wären die Kriterien wohl für die meisten klar: Die Patientinnen und Patienten möchten dort ins Spital, wo die behandelnde Ärztin oder der behandelnde Arzt den besten Ruf hat, und es sollte gut erreichbar sein – unabhängig davon, ob das Spital nun in Basel-Landschaft oder Basel-Stadt ist. Die Patientinnen und Patienten möchten zudem, dass die Krankenkassenprämien nicht steigen. Das Problem ist, dass weder der Patient noch die einweisende Ärztin in diesem Moment an die Kosten denkt. Die Krankenkassen zahlen sowieso. Es handelt sich also um keinen Markt, der sich am Preis orientiert. Der Markt orientiert sich am Angebot, wobei es sich um keine wirklich neue Erkenntnis handelt. Für die heutige Diskussion ist jedoch wichtig, dass die Spitäler in den nächsten Jahren riesige Summen in ihre Infrastrukturen und Immobilien investieren müssen. Die Immobilien sind im Gegensatz zu den mobilen Patientinnen und Patienten aber immobil. Die Patientinnen und Patienten lassen sich dort behandeln, wo sie das beste Angebot erhalten. Es spielt keine Rolle, ob Kantongrenzen dazwi-

schenliegen. Im heutigen System sind die Spitäler verpflichtet, Gewinne zu machen, um die Investitionen zu bezahlen. Dieser Gewinn wird in Konkurrenz untereinander erwirtschaftet, was dazu führt, dass momentan die Spitäler sowohl in Basel-Landschaft als auch in Basel-Stadt ihre Leistungen ausbauen – dies zumindest ist die Wahrnehmung von Thomas Noack. Würden dies in dem Sinne erfolgen, dass die besten Ärztinnen und Ärzte und das beste Pflegepersonal angestellt würden, dann würde dies den Markt beleben. So einfach ist es aber leider nicht, weil die besten Ärztinnen und Ärzte teure Infrastrukturen benötigen; sprich Immobilien. Damit schliesst sich dann der Kreis der Diskussion. Thomas Noack beobachtet im Moment, dass Basel-Stadt vor allem aufrüstet und Basel-Landschaft nachrüstet. In Basel-Landschaft sind aber zum jetzigen Zeitpunkt die ganz grossen Investitionsentscheide noch nicht abschliessend gefällt. Es könnte also der allerletzte Moment noch genutzt werden, um in die Diskussion über Standorte und Investitionen in die Immobilien einzugreifen. Dazu muss der Fächer ernsthaft nochmals geöffnet, verbindliche Kooperationen mit Basel-Stadt gesucht und verhandelt werden. Wichtig ist die langfristige Verbindlichkeit, weil die Spitäler jetzt langfristige Investitionen tätigen. Dabei muss verantwortlich gehandelt und die Fragen müssen gestellt werden, wo die Patientinnen und Patienten ins Spital gehen, wo ein guter Standort wäre und wie eine sehr gute Gesundheitsversorgung für die Region weiterhin gewährleistet werden kann. Dies ist die Frage nach den Dienstleistungen an den Standorten. Thomas Noack ist der Meinung, dass der Zeitpunkt nun genutzt werden muss, um mit Basel-Stadt nochmals über eine Fusion oder eine verbindliche Zusammenarbeit sehr ernsthaft zu verhandeln.

Balz Stückelberger (FDP) darf erneut die Position der FDP-Fraktion darlegen für den Fall, dass diese in der Zwischenzeit in Vergessenheit geraten ist. Er erinnert daran, dass die FDP-Fraktion nicht nur die Motion ablehnt, sondern auch das Postulat. Es besteht sehr viel Handlungsbedarf in der gemeinsamen Gesundheitsregion und der FDP-Fraktion bereiten gewisse Entwicklungen grosse Sorgen. Dabei handelt es sich sowohl um kleine Einzelereignisse, aber auch um grosse Infrastrukturprojekt und eher atmosphärische Themen, die wahrgenommen werden. Die FDP-Fraktion erachtet eine Neuurteilung der gemeinsamen Gesundheitsregion und eine Gesamtstrategie für notwendig. Zu beiden Themen gibt es Postulate der FDP-Fraktion, die bereits überwiesen wurden. Diese verlangen, anders als der vorliegende Vorstoss, der auf eine mögliche Entwicklung fokussiert, eine ergebnisoffene Prüfung. Es wäre völlig widersprüchlich, wenn sich der Landrat heute in eine bestimmte Richtung begeben würde, nachdem er sich im letzten Jahr zweimal für eine ergebnisoffene Prüfung ausgesprochen hat. Balz Stückelberger möchte im Falle einer Überweisung – respektive ganz allgemein – nicht der Gesundheitsdirektor sein, der diese widersprüchlichen Postulate auf dem Tisch liegen hat. Deshalb bleibt nur die Option, die Überweisung abzulehnen.

Stefan Meyer (SVP) möchte das Votum von Urs Roth anlässlich der letzten Sitzung zur optimalen Grösse eines Spitals aufnehmen. Urs Roth hatte dies mit der Transaktionskostentheorie in Verbindung gebracht. Dies stimmt nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch. Es gibt genügend Forschung, die besagt, dass 200 bis 300 Betten die optimale Spitalgrösse seien. Liegt die Bettenzahl merklich darunter oder darüber, wird es viel teurer. Das Universitätsspital (USB) hat rund 700 Betten im Akutbereich und das KSBL rund 400 Betten. Zusammen macht dies ungefähr 1'100 Betten. Diese sind zwar an verschiedenen Standorten, aber es ist höchst fraglich, ob es dadurch irgendwelche Effizienzgewinne gibt. Alle möchten eine gute Behandlungsqualität und eine kostengünstige Versorgung. Dies wird dadurch erreicht, dass eine Überversorgung vermieden wird und versucht wird, eine Spezialisierung bei den Leistungserbringern hinzubekommen. Dafür gibt es eigentlich ein potentes Instrument: die Spitalplanung. Es wäre an der Zeit, das Thema der Spitalplanung noch ernster zu nehmen. Der Kanton kauft dort die Leistung ein und plant das Angebot. Wichtig wäre, dass die Spitalplanung am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet wird und sich nicht nach den bestehenden Infrastrukturen richtet. Dies sollte gemeinsam mit Basel-Stadt erfolgen, weil

sich sechs von zehn Patientinnen und Patienten aus dem Baselbiet bereits dort behandeln lassen, jedoch nicht nur. Stephan Meyer ist wie einige Vorredner zudem der Meinung, dass die gesamte Nordwestschweiz miteinbezogen werden sollte.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, die GLP-Fraktion sei dankbar, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Die Zusammenarbeit ist wichtig und der Souverän des Kantons Basel-Landschaft hatte sich eigentlich damals für eine Fusion ausgesprochen. Basel-Stadt wollte diese aber nicht. Auch heute sprechen sich eigentlich fast alle – mit Ausnahme der SVP und der FDP – für eine Zusammenarbeit aus. Manuel Ballmer versteht die Zurückhaltung nicht ganz. Die FDP hat schliesslich auch Vorstösse eingereicht, in denen festgehalten ist, dass zusammengearbeitet werden soll. Durch die Umwandlung in ein Postulat handelt es sich nur noch um eine ergebnisoffene Prüfung. Würde das Postulat nicht überwiesen, würde das Signal gesendet, man wolle keine Zusammenarbeit. Und das wäre falsch. Die GLP-Fraktion ist für Überweisung.

Patricia Doka-Bräutigam (Die Mitte) sagt, in den letzten Wochen und Monaten sei viel über das Thema diskutiert und viele Vorstösse seien dazu überwiesen worden. Es ist allseits bekannt, dass der Regierungsrat an der grossen Auslegeordnung arbeitet. Die Mitte-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht nochmals alles durchdiskutiert werden muss und keine inhaltliche Debatte zur Frage der Fusion geführt werden sollte. Damit sollte zugewartet werden, bis die Grundlagen bekannt sind. In der Auslegeordnung sollten alle Varianten ergebnisoffen geprüft werden können. Dies immer mit dem Ziel, die Qualität in der Gesundheitsversorgung zu erhalten und gleichzeitig die Kosten nicht weiter hochzutreiben. Die Mitte-Fraktion möchte als Konsequenz den Vorstoss als Postulat überweisen. Ein Postulat bedeutet nicht, dass alles andere ausgeblendet wird.

Aus Sicht von **Marco Agostini** (Grüne) laute die Frage eigentlich nur, ob es sich beim Vorschlag des Vorstosses um eine Option handle oder nicht. Ist es eine Option – was es selbstverständlich ist –, muss der Regierungsrat diese auch prüfen. Balz Stückelberger hatte richtig gesagt, dass es nicht die einzige Option sein kann. Ist die FDP-Fraktion dagegen, dass die Kooperation gemäss Vorstoss überhaupt geprüft wird?

Yves Krebs (GLP) ist komplett ernüchert über die Wortmeldungen der führenden Baselbieter Spital- und Gesundheitspolitiker – die weibliche Form sei bewusst nicht genannt und nicht mitgemeint. Seit Jahren hört man Dinge wie Gesamtkonzept, Gesamtstrategie, Auslegeordnung, kleinere Gebilde seien effizienter etc. Aber es gibt nach wie vor noch nichts Konkretes mit Hand und Fuss. Nicht einmal die führenden Gesundheitspolitiker, die sich in ihrer letzten Legislatur befinden, haben den Mut, hinzustehen und zu sagen, es werde ein neues Konzept gemacht – nur diesmal ohne Bruderholzspital. Die wichtigen Fragen werden immer auf die nächste Generation verschoben. Niemand getraut sich, Entscheide zu fällen. Dabei hatte das Baselbieter Stimmvolk einmal Entscheidung gefällt, nämlich pro Fusion. Yves Krebs hat allmählich die Nase voll von diesem – um nicht «Gelaber» zu sagen – «Gesülze» [*Heiterkeit*] über Kooperation, ob nun verbindlich oder unverbindlich. Es wird immer nur diskutiert über Gesamtkonzept etc. Basel-Stadt handelt aber bereits und wartet dabei nicht auf Basel-Landschaft. Die GLP Basel-Stadt war damals aufgrund der Standortfrage gegenüber der Spitalfusion sehr skeptisch eingestellt, da die drei Standorte zementiert worden wären. Es braucht keine Analysen oder wissenschaftlichen Studien mehr, weshalb die Fusion gescheitert ist: von linker Seite war es die Rechtsform und, als Hauptgrund, weil die Standorte festgeschrieben waren. Es braucht auch keine Studien mehr. Weshalb werden nicht zehn neue Spitäler gebaut mit 200 Betten? Mittlerweile gibt es im gesamten Gesundheitswesen, einschliesslich der Krankenkassen, gefühlt mehr Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder als Pflegepersonal. Wie der GPK-Diskussion zudem zu entnehmen war, gibt es auch im KSBL mit-

nichten einen Fachkräftemangel auf Stufe Geschäftsleitung oder Verwaltungsrat. Yves Krebs stellt im Zusammenhang mit dem KSBL nicht nur irgendwelche Zukunftsfragen, sondern eine Existenz- und vor allem eine Sinnfrage. Was hat das alles überhaupt noch für einen Sinn? Die wichtigen Fragen werden immer in die Zukunft verschoben und der Mut fehlt, irgendwann einmal einen Entscheid zu fällen.

Balz Stückelberger (FDP) antwortet auf die Frage von Marco Agostini, dass grundsätzlich jeweils zuerst eine Analyse gemacht werde, aus der dann eine Lösung abgeleitet werde. Der Vorstoss von Lucia Mikeler bringt nun aber umgekehrt eine Lösung, und, falls überwiesen, würde geprüft, ob diese mit der Analyse übereinstimmt.

Balz Stückelberger weiss nicht genau, wen Yves Krebs angesprochen hat. Er selber ist zumindest männlich und in der letzten Legislatur – somit fühlt er sich zumindest zu zwei Dritteln angesprochen. Es braucht sowohl eine Analyse als auch Mut. Die Analyse soll mutige Vorschläge enthalten und alle Optionen umfassen und nicht nur eine mögliche Piste, auf der gefahren werden kann, weil man diese nun nach Gutdünken für den richtigen Weg hält. Es führt kein Weg daran vorbei, nun noch ein wenig Geduld zu haben und zu warten, was der Gesundheitsdirektor machen wird. Dieser hat mit den Postulaten der FDP-Fraktion bereits einen vollen Tisch und es braucht nun als Querschuss sicher keinen weiteren Vorstoss, der in eine ganz andere Richtung geht und den Fokus unnötig einschränkt.

Marc Scherrer (Die Mitte) wollte sich eigentlich nicht äussern, da es um ein Postulat gehe, dass überwiesen werden könne, ohne dass einem ein Zacken aus der Krone fällt. Zu diesem Themenkomplex gibt es schon rund 25 Vorstösse und es spielt keine Rolle, ob es nun eines mehr oder weniger gibt. Yves Krebs hatte ihn aber dazu veranlasst, sich trotzdem zu Wort zu melden. Ganz so einfach, wie dieser die Welt dargestellt hat, ist sie denn auch wieder nicht. Marc Scherrer wundert sich ein wenig, dass dies von der GLP respektive Yves Krebs kommt, der bislang immer reflektiert gewirkt hatte. Man sollte aufgepasst werden, dass mit solchen Aussagen die Bevölkerung nicht verunsichert wird. Das KSBL steht per se nicht so marode da. Es muss aufgepasst werden, dass das Patientengut nicht weiter verloren geht, indem das KSBL schlecht geredet wird. Es gehen heute schon 30 % nach Basel-Stadt. Zudem ist es mitnichten so, dass nichts gemacht wird oder keine Strategie besteht. Würde Yves Krebs in der Historie zurückgehen, würde er sehen, dass nach der Abstimmung über die Fusion, die von Basel-Stadt nicht gewollt war, die Politik zusammengestanden ist und eine neue Strategie fürs Baselbiet verlangt hat. Diese gibt es, nämlich die Strategie «Fokus». Die Frage ist nur, ob die Strategie funktioniert, wo der Kanton steht und ob es allenfalls eine neue Auslegeordnung braucht. Es geht aber nicht, als Landrat hinzustehen und stammtischmässig zu sagen, es passiere überhaupt nichts. Die Gesundheitskommission hatte an ihrer letzten Sitzung den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung des KSBL eingeladen. Die Kommission ist sich der Thematik bewusst und nimmt die Situation ernst. Es wurde eine weitere halbtägige Sitzung einberufen, in der über die gemeinsame Gesundheitsregion, die gemeinsame Spitalliste, Patientenfreizügigkeit etc. diskutiert wird. Die Auslegeordnung wird einerseits von der Kommission, andererseits von der VGD gemacht. Ob das Resultat dann richtig ist oder nicht, ist eine politische Würdigung, die der Landrat vornehmen muss. Marc Scherrer bittet Yves Krebs, sich politisch in die Themen einzuklinken, wenn sie anstehen. Die Baselbieter Politikerinnen und Politiker sollten gemeinsam dafür schauen, dass das KSBL vorwärtsgebracht und eine Gesundheitsplanung gemacht wird, die «verhebt». Manchmal dauern Dinge länger, als einem lieb wäre. Es braucht aber eine saubere Analyse, aus der Massnahmen abgeleitet werden können. Dies ist der Weg, um vorwärtszukommen.

Marco Agostini (Grüne) fand das Votum von Yves Krebs sehr gut – Klartext auf seine Art und Weise. Er hat grundsätzlich recht, dass vorwärtsgemacht werden muss. Balz Stückelberger hatte

gesagt, er möchte zuerst eine Analyse haben. Gleichzeitig gibt es zwei Interpellationen der FDP-Fraktion, die dem widersprechen. Die FDP-Fraktion bohrt auch immer wieder und versucht zu zeigen, dass sie weiss, wie es geht. Beim Vorstoss von Lucia Mikeler, der in ein Postulat umgewandelt wurde, geht es nur darum, zu prüfen und zu berichten.

Jan Kirchmayr (SP) hat etwas Mühe mit der Argumentation von Balz Stückelberger, dass es schon genügend Postulate der FDP-Fraktion gebe und es deshalb das Postulat von Lucia Mikeler nicht brauche. Entweder kann inhaltlich diskutiert oder nur über Personen respektive den Absender gesprochen werden. Laut Balz Stückelberger scheint bei diesem Vorstoss nicht der Inhalt, sondern der Absender das Problem zu sein. Das ist bedauerlich und bei der Lösungsfindung nicht förderlich. Aufgrund der Umwandlung in ein Postulat geht es im Vorstoss nicht darum, dass es sofort eine Fusion geben muss, sondern dass das Anliegen in der Auslegeordnung des Gesundheitsdirektors seriös geprüft wird.

Lucia Mikeler Knaack (SP) ist sehr überrascht über die Diskussion, aber auch erfreut, wie kontrovers diskutiert werde. Lucia Mikeler stimmt Balz Stückelberger betreffend Analyse zu. Zu dieser Analyse gehört jedoch auch der vorliegende Vorstoss. Dass das Gesundheitswesen sich in einem argen Zustand befindet und Handlungsbedarf besteht, ist mittlerweile wohl allen klar. Die Kosten explodieren und ob sie sich auch in den Immobilien manifestieren, wird sich zeigen. Marc Scherrer hatte es angetönt, dass sich die Gesundheitskommission mit dem Thema beschäftigt und dass das Projekt Fokus grosse finanzielle Ressourcen fordert. Es ist jedoch noch nicht bekannt, ob diese Ressourcen vorhanden sind. Dies wird im zweiten Teil der Auslegeordnung angeschaut werden.

Lucia Mikeler hält es für nicht mehr als recht, dass alle Möglichkeiten geprüft werden, wozu auch eine mögliche Fusion gehört. Ob diese dann zustande kommt, sei dahingestellt. Sie möchte nur, dass die Option geprüft wird. Der Regierungsrat schreibt zudem in seiner schriftlichen Begründung, dass er den Vorstoss als Postulat entgegennehmen und im Rahmen der Gesamtauslegeordnung prüfen möchte. Lucia Mikeler kann entsprechend nicht nachvollziehen, weshalb es nun einen solch vehementen Widerstand gegen eine Überweisung gibt. Die Chance, sich in die Diskussion einbringen zu können, sollte genutzt werden. Irgendwann ist es nämlich zu spät. Wie Yves Krebs angedeutet hat, ist der Landrat vor fünf Jahren schon einmal vor dieser Diskussion gestanden und so wahnsinnig viel hat sich seither nicht bewegt. Sie bittet um Überweisung des Postulats.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) erlaubt sich zur Frage zu äussern, was in den vergangenen fünf Jahren gemacht wurde, und eine Lanze für das Parlament – von dem er nicht Teil war – und für seinen Vorgänger zu brechen. Es ist sehr viel passiert in den letzten Jahren und manchmal geht das Geleistete schnell wieder vergessen. Die Abstimmung über die Fusion wurde abgelehnt. Anschliessend wurde innert kürzester Zeit die Strategie Fokus erarbeitet, damit das KSBL eine Zukunft hatte und wusste, in welche Richtung es weiterarbeiten muss. Die Strategie Fokus wurde dieser Tage mit der Eröffnung des Gesundheitszentrums Laufen zum Abschluss gebracht. Dazwischen gab es noch die Covid-Pandemie, es wurde ein Referenzspital eingerichtet und so ziemlich alles auf den Kopf gestellt, was ursprünglich mal angedacht und aufgegleist worden war. Dabei wurde auch der ganze Change-Prozess im Zusammenhang mit der Strategie Fokus pausiert. Zudem gab es zum ersten Mal seit Jahren wieder eine Teuerung bei gleichbleibenden Tarifen, was dazu führt, dass sämtliche Spitäler – oder ganz sicher die öffentlich-rechtlichen und Grundversorgungsspitäler – in eine Finanzierungsnot geraten. Und es ist allseits bekannt, dass die Tarife in Bezug auf notwendige Infrastruktur und Neubauten grundsätzlich sehr schmal berechnet sind. Regierungsrat Thomi Jourdan bittet alle – nicht nur diejenigen, die männlich und in der letzten Legislatur sind – mit sich selber etwas gnädiger zu sein. Es wurde wirklich viel gearbeitet, aber der Markt bewegt sich weiter. Es liegt auch nicht alles im Argen. Die Gesundheitsversorgung ist immer

noch sehr gut. Regierungsrat Thomi Jourdan soll zudem nicht in den Mund gelegt werden, er hätte ein Problem mit dem Universitätsspital Basel. Das Spitalranking zeigt, dass drei Schweizer Spitäler auf Topplätzen sind, wovon das Universitätsspital Basel eines ist. Die Spitzenmedizin ist äusserst gut, aber sie kostet halt auch etwas. Sie kostet jedoch nicht nur etwas, weil viel gebaut und gemacht wird, sondern auch, weil alle älter werden. Egal welche Massnahmen ergriffen werden – ob mutig oder weniger mutig: das Gesundheitswesen wird immer teurer werden, weil die Bevölkerung altert und entsprechend mehr medizinische Leistungen in Anspruch genommen werden. Letztlich sind alle dankbar für die vorhandenen Leistungen, wenn sie einmal wirklich gebraucht werden. Die Bevölkerung wird zudem nicht nur ein bisschen älter, sondern es ist von einer Umkehr der Alterspyramide die Rede, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Dies hat einen direkten Impact auf die Gesundheitskosten. Man muss am Thema dranbleiben und es muss eine mutige Analyse erstellt werden, die dazu führt, dass anschliessend hoffentlich auch das Parlament und das Volk den Mut haben, mutige Entscheidungen zu treffen. Basel-Landschaft hat in den vergangenen Jahren einen Beitrag geleistet zur Bereinigung der Spitalinfrastruktur und -struktur. Das Spital Laufen wurde geschlossen und durch ein Gesundheitszentrum ersetzt, das eine zukunftsweisende Darstellung dessen ist, wie künftig in ländlichen Regionen Medizin betrieben werden kann.

Regierungsrat Thomi Jourdan hat schon mehrmals dargelegt, dass der Regierungsrat einen Auftrag zur Evaluation der gemeinsamen Gesundheitsregion und zur Analyse der strategischen Optionen fürs KSBL innerhalb dieser Gesundheitsregion ausgelöst hat. Dabei müssen die qualitativen Aspekte sichergestellt und die wirtschaftlich-finanziellen Rahmenbedingungen im Auge behalten werden – nicht nur für die Gesundheitsregion und den Kanton, sondern auch für das Spital selber. Es ist ein Fakt, dass alle Spitäler in der Schweiz grosse Herausforderungen im Betrieb haben. Selbstverständlich gehört zu diesem Auftrag auch die Frage der Infrastruktureubauten. Regierungsrat Thomi Jourdan ist sich einig mit Thomas Noack, dass Basel-Stadt respektive das USB aktuell schon einige Schritte weiter ist. Dort ist mittlerweile von einem Staatsbeitrag von CHF 300 Mio. die Rede und es wurde festgestellt, dass es sich um eine grosse Herausforderung handelt, dem Universitätsspital eine bauliche Zukunft zu geben. Gleichzeitig sollte aber nicht so getan werden, als fänden keine Kooperationen statt. Es finden eine grosse Zahl an Kooperationen und Allianzen auch zwischen KSBL und USB statt – aktuell laufen nicht weniger als 30 Stück zwischen den beiden Institutionen. Regierungsrat Thomi Jourdan stellt also fest, dass Kooperationen und Allianzen bereits heute ein aktiv bearbeitetes Thema sind – auch im Rahmen der laufenden Analyse, aber selbstverständlich auch zu jedem zukünftigen Zeitpunkt. Kooperationen sind in jedem Fall heute und auch in Zukunft möglich und sollen dort eingegangen werden, wo sie einen Beitrag zur Erreichung von strategischen Zielsetzungen leisten.

Zum Schluss noch eine Feststellung: Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft ist klar der Meinung, dass beide Regierungen neben der Versorgungsplanung sicherstellen müssen, dass die beiden Grundversorgungsspitäler – USB und KSBL – ihre Infrastrukturplanungen aufeinander abstimmen. Es ist aber letztlich keine Frage der Kooperation zwischen den Unternehmen, vielmehr braucht es aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft eine bikantonale Auslegung durch die Eigner – d. h. durch die Regierungen der beiden Kantone als Vertreter. Der Regierungsrat Basel-Landschaft hat für ein solches Vorgehen die entsprechenden Beschlüsse gefasst und Regierungsrat Thomi Jourdan geht davon aus, dass auch der Kanton Basel-Stadt ein Interesse daran haben sollte, im Sinne eines partnerschaftlichen Vorgehens die gemeinsame Planung der bisherigen Versorgungsplanung auszuweiten und auch eine gemeinsame Infrastrukturplanung auf Ebene Regierungen in Angriff zu nehmen oder zumindest eine Analyse der nächsten Schritte zu machen – im Wissen darum, dass es viel Geld kostet, die Investitionen zu stemmen. Dafür braucht es ein Gegenüber, das bei einer solchen Auslegung dabei sein möchte. Der Landrat entscheidet heute über die Überweisung des Postulats. Dem Regierungsrat ist wichtig, dass die kommenden Diskussionen wirklich ergebnisoffen und in der notwendigen Breite geführt

werden – dies auch in Bezug auf Kooperationen, Allianzen sowohl mit dem USB als auch mit allen anderen Leistungserbringern; im Sinne einer integrierten Versorgung auch mit vor- und nachgelagerten Leistungserbringern, die nicht direkt im akutsomatischen Bereich tätig sind.

://: Mit 43:39 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
